

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1580
Stroßstr. Riesa Nr. 52.

Nr. 242.

Sonntag, 16. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder
buzh. Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift (5 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Melleszeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife.
Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schädliche Unterhaltungsbeilagen
„Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anzeigen- oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grenzstr. 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die gescheiterten Koalitionsverhandlungen.

Die Abgabe der Deutschen Volkspartei in der Frage der Großen Koalition ist gewiß ein Ereignis, das von weittragender politischer Bedeutung ist. Aber da sie nicht unerwartet kommt, kann man sie keinesfalls als eine überraschende Sensation bezeichnen. Die Linkspresse tut zwar so, als ob sie über diesen letzten Schritt der Deutschen Volkspartei überaus überrascht sei, und will in ihren Kommentaren, die sie der neuen Situation widmet, die Begründung, mit der die Deutsche Volkspartei ihre Abgabe verbindet, als eine erstaunliche Leistung bezeichnen. Diese Beurteilung, die hier der Erklärung der Deutschen Volkspartei gegeben wird, ist grundfalsch. Nicht aus einer „Berärgerung“ über formale „Schnitz“ oder über Personalveränderungen hat sich diese Abgabe der Deutschen Volkspartei gebildet, sondern lediglich an der Erkenntnis, daß in der sozialdemokratischen Partei der Wille zur Großen Koalition doch nicht so stark ist, wie er vor kurzer Zeit vielleicht glaubhaft gemacht werden sollte.

Die Koalitionsparteien, die sich zunächst zu Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei über eine Erweiterung der Regierungskoalition nicht abgeneigt fühlten, mußten sich von vornherein sagen, daß Regierungshandlungen wie die Entlassung des Staatssekretärs Dr. Meißner und die Ernennung Abegg in den Kreisen der Deutschen Volkspartei als ein Affront angesehen werden müßten. Wie sehr es der Deutschen Volkspartei darum zu tun war, die Möglichkeiten für die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, das zeigt die Tatsache, daß sie trotz des geradezu brüskierenden Verhaltens der preussischen Regierung an ihrer Verhandlungsbereitschaft festhielt. Aber was nützt auf die Dauer das größte Entgegenkommen, wenn es sich herausstellt, daß auf der Gegenseite nur eine Taktik des Verzögerens und des Hinausschiebens getrieben wird.

Den Sozialdemokraten war ihre „Werbewoche“ entschieden wichtiger als die möglichst schnelle Vermittlung der Großen Koalition. Die Aussprache, die der Ministerpräsident Braun mit den Führern der Koalitionsparteien in Regensburg hatte, brachte dann auch in ihrem Ergebnis den Beweis, daß die Verhandlung zum mindesten bis zum 3. November hinausgezögert werden sollten. Warum? Nun, wegen der sozialdemokratischen Werbewoche. Man kann es der Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht übelnehmen, wenn sie dieser schlammigen Taktik der Regierungsparteien durch das einig mögliche Mittel begegnen wollte: durch eine Abgabe.

Es wäre verfehlt, durch die letzte Erklärung der Deutschen Volkspartei die letzte Möglichkeit zur Bildung der Großen Koalition als gescheitert zu bezeichnen. Das würde dem Sinn, der in der Abgabe liegt, nicht entsprechen. Wir glauben, nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei eine Annäherung keinesfalls ausgeschlossen werden soll. Solche Annäherungsmöglichkeiten sind nach wie vor durchaus gegeben. Aber sie müssen jetzt von der Seite ausgehen, die es im Augenblick wenigstens vermeiden wollte, einen klaren Entschluß herbeizuführen.

Die Abgabe der Deutschen Volkspartei gewinnt insofern doch eine erhöhte Bedeutung, als sie zeitlich mit der Haltung und der offiziell bekannnten Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Silberbergrede zusammenfällt. Es dürfte bekannt sein, daß diese Rede Silberbergs wohl den Hauptanstoß für die Propagierung des Gedanken der Großen Koalition abgegeben hat. Nachdem nun der Reichsverband der Deutschen Industrie von dieser Rede merklich abgerückt ist und zu erkennen gegeben hat, daß er sich in parteipolitische Probleme nicht einmischen kann und will, dürfte auch die Frage einer Regierungserweiterung von ihrem aktuellen Wert verloren haben. Zumal nicht verschwiegen zu werden braucht, daß die Mehrheit des erweiterten Vorstandes des Reichsverbandes dem Gedanken der Großen Koalition durchaus ablehnend gegenübersteht. Gerade das die Stellungnahme des Reichsverbandes und die Abgabe der Deutschen Volkspartei zeitlich zusammenfallen, abt die Situation, die jetzt geworden ist, für bedeutungsvollen Gehör.

Das wahre Gesicht der Besatzungsverminderung.

Paris, 15. Oktober. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht jetzt in den Gerichten von einer bevorstehenden Verminderung der französischen Rheinlandarmee folgende Erklärung: Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß entgegen den bisherigen Gerüchten im Verlauf der Pariser Unterredung Poincaré mit dem General Guillaumet weder von einer Reduzierung der Besatzungsarmee noch von der teilweisen oder gänzlichen Auflösung der Kavalleriebrigaden die Rede gewesen ist. Unsere Rheinarmee bleibt am Rhein, so wie sie ist, ohne Veränderung.

Nun hat die deutsche Reichsregierung das Wort!

Frankische Aufständische im besetzten Gebiet.

Mainz, Ende Oktober findet im besetzten Gebiet und in Vorbringen eine große Kollision zwischen der im Rheinland liegenden Aufständischen und der Regier. Die Leitung steht unter Leitung des Generalinspektors der Pfälzer im französischen Kriegsministerium, General Rieffel, der hierzu auch an diesem Tage in Mainz anwesend sein wird.

Annahme des Hohenzollern-Vergleiches.

Die kommunistischen Misstrauensanträge abgelehnt.

Die Hohenzollernvorlage verabschiedet ... mit Sturm und Bröckel.

Stimmungsbild aus dem preussischen Landtag.

Berlin. Nach mehrstündigem zermürbendem Abstimmungskampf, den die Kommunisten erzwangen, wurde in der Freitag-Sitzung des preussischen Landtags die Vorlage über die Vermögensgegenstände zwischen dem preussischen Staat und dem vormalig regierenden Königsfamilie in der Schlußabstimmung mit 238 gegen 17 Stimmen bei 65 Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Damit hat der preussische Staat das ehemalige Königs-haus abgefunden.

Auch in der gestrigen dritten Lesung des Gesetzes führten fast nur die Kommunisten das Wort. Ihre Oppositionslust konnte keine Grenzen.

Zur Sache sprach aber auch der Demokrat Kutsche, der gegenüber den kommunistischen Anwürfen hervorhob, daß nach dem Scheitern aller anderen Möglichkeiten, auch des Volksentscheides, der Vergleich für das preussische Volk noch viel glücklicher sei, als wenn man, nach dem Ende dieses Jahres bevorstehenden Ablauf des Sperrgesetzes, die Richter sprechen lassen würde.

Für die Wölflinge gab der Abg. Wulle eine Erklärung ab, die darin gipfelte, daß sie der Vorlage zustimmen würden, nachdem das Haus Hohenzollern sich mit dem preussischen Staat darüber geeinigt habe.

Abgelehnt von den üblichen Färm- und Schimpfereien erregte sich bis zur entscheidenden Schlussabstimmung sonst nichts Besonderes. Es herrschte gewissermaßen die Ruhe vor dem Sturm. Die Kommunisten hatten all ihre Kräfte aufgespart, um einen nach ihrer Auffassung wirkungsvollen Schlußeffekt zu erzielen. Als der Vizepräsident Garnich das Resultat der Schlussabstimmung mitteilen wollte, setzte ein orkanartiger Lärm bei den Kommunisten ein, der durch nichts zu beschwichtigen war. Mehrere Kommunisten hatten schon vorher kampfbereit ihre Schlüsselbünde in die Hand genommen und schlugen nun als Aufsatz zur ganzen Demonstration damit auf ihren Pulken herum. Zugleich setzte das

Gebüll der ganzen Fraktion ein, so daß der Präsident selbst bei den unter ihm stehenden Stenographen unverständlich blieb. Vor dem Rednerpult bildete sich ein dichter Anhauf aus Abgeordneten der äußersten Linken und der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei. Den Bruchteil einer Sekunde wichen sich die Gegner. Dann setzte die Präsident ein. Auf beiden Seiten hagelte es Anschuldigungen. Mehrere Kommunisten sprangen über die Pulte hinweg ihren Genossen zu Hilfe. Altkämmerer Hogen durch den Saal. Es war ein vollkommenes Chaos, in das nun noch, wie verabschiedet, die Besucher des auf der äußersten linken Seite gelegenen Teiles der Publikumstribüne höchst aktiv mit Reden und Gebärden eingriffen.

Der Vizepräsident verließ seinen Stuhl, um damit die Unterbrechung der Sitzung anzukündigen. In gleicher Zeit sprang der Kommunist Fied vor das Rednerpult und hielt an Tribüne und Plenum eine Anrede, in der er scharf gegen den „Schandvertrag“ loszog. Aber auch er wäre kaum verstanden worden, hätte nicht sein Fraktionsgenosse Kasper umgeben das Präsidium übernommen, indem er fortsetzte die kräftige Präsidentenrolle schwanen und so das Haus einige Minuten verblüffte, bis ein Diener sie ihm wieder abnahm. Kasper wurde dafür auf acht Tage von der Sitzung ausgeschlossen, wenn seiner Fraktionsgenossen für Beteiligung an den Kämpfen auf je einen Tag.

Auf den Tribünen war die Ruhe nur herzustellen, nachdem mehrere Kriminalbeamte gründlich aufräumen hatten. Die herausgedrängten kommunistischen Besucher saßen dann beim Abmarsch in den Fluren des Hauses noch die Internationale.

Man wird die Sitzungstage des preussischen Landtags, in denen über die Hohenzollernvorlage verhandelt wurde, wohl für immer als parlamentarische „Schlüsselstunden“ in Erinnerung behalten.

Nachdem das Haus noch eine große Anzahl kommunistischer Misstrauensanträge gegen die Staatsregierung und die einzelnen Staatsminister gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen und Volksischen, bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei, abgelehnt hatte, verriete es sich auf den 3. November, um dann die hannoversche Typhus-Epidemie zu besprechen.

Eine Rundgebung des Reichslandbundes.

Berlin. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat in seiner letzten Sitzung vor Zusammenritt des Reichstages eine Entschließung gefaßt, in der der Lieberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß das Ziel der heutigen nationalen Politik, die wirtschaftliche und damit die politische Befreiung Deutschlands, nur auf der Grundlage einer wiedererhaltenen Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft erreicht werden kann. Wiederholt wird die Forderung des Reichslandbundes auf Revision der Kriegsgesetze. Weiter wird erneut gefordert:

1. Für alle Zweige der heimischen Produktion ausdehnender Schutz insbesondere gegen Dumpingkontexten und sofortige Herstellung einer partiellen Beteiligung der Landwirtschaft an allen wirtschaftlichen Gesetzen. Es muß endlich und für die Dauer ein gesundes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben der Landwirtschaft hergestellt werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Scholle der Familie zu erhalten und die Verflechtung deutschen Grund und Bodens zu verhindern. Das oberste Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik muß die Stärkung des Binnenmarktes zwecks Sicherstellung des Absatzes und Steigerung der Produktion sein, um die Handelsbilanz zu aktivieren und die vorhandenen Arbeitskräfte nachhaltiger produktiver Verwendung zuzuführen.

2. Ausreichende Maßnahmen, um die das Leben der Landwirtschaft bedrohenden kurzfristigen Verblüfflichkeiten in langfristige Realkredite zu einem mit der Rentabilität der Landwirtschaft im Einklang stehenden Zinsfuß umzuwandeln.

3. Organische Weiterführung der 1925 begonnenen Steuerreform mit dem Ziele einer größeren Vereinfachung der Steuererhebung und -erhebung in Reich, Ländern und Gemeinden und der

Senkung der Gesamtenergiebelastung

auf ein der landwirtschaftlichen Rentabilität entsprechendes Höchstmaß. Die Erreichung dieses Zieles erfordert gleichzeitig schärfste Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden und im Zusammenhang damit eine Reform der öffentlichen Verwaltung.

4. Kraftvolle organische Fortführung der seit 1926 nun auch vom Reich geldlich getragenen ländlichen Kreditbanken.

5. Eine entsprechende Vertretung der gesamten Volkswirtschaft im Reichswirtschaftsrat und

Erweiterung der Befugnisse des Reichswirtschaftsrats, besonders durch Zuzug eines Vorkredites, damit der Reichswirtschaftsrat ein Gegengewicht gegen den Einkam-meralismus werde.

6. Anerkennung und Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfe-Einrichtungen der Landwirtschaft.

Ratifizierung des Schuldenabkommens vor dem 1. Januar.

Berlin, 15. Oktober. In der Haltung der französischen Regierung in der Schuldenfrage besteht nach wie vor Unklarheit. Neuerdings wird jedoch behauptet, daß Poincaré fest entschlossen sei, die Ratifizierungsdebatte vor dem 1. Januar ratifizieren zu lassen. Briand, Poincaré und Doumergue, ja selbst Marais, wären der gleichen Ansicht. Die Festigung der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage wird daher offenbar als offizielle Auslastung dazu benutzt, nun erneut den Wert der deutschen Eisenbahndobligationen zu diskreditieren.

Der rechtsstehende „Ganais“ betont, daß Frankreich aus dem Frieden niemals eine Geldfrage machen werde und auf die Garantie der Rheinlandbefreiung nicht verzichten könne. Aber auch die linksstehende Presse weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Fortsetzung der Politik von Thoiry nicht erwünscht wäre. „L'Europe“ verweist hierbei, in England eine wachsende Kampagne für die Erreichung der internationalen Schulden festhalten zu können, was Frankreich auf das sorgfältigste beachten müsse.

Vorbereitung der französischen Militärvorlage.

Paris, 15. Oktober. Poincaré hatte gestern eine lange Unterredung mit Poincaré, die sich auf die Vorbereitung der neuen Militärvorlage bezog. Heute findet eine Sitzung des Obersten Kriegsrates über die gleiche Frage statt.

Völkerbundsratslagung in Berlin.

Berlin. Zu der Blättermeldung, daß die Reichsregierung den Völkerbundsrat zur Tagung nach Berlin einladen werde, bemerkt der Sozialzeiger, daß formelle Einladungen des Völkerbundsrates nach einem bestimmten Orte nicht üblich seien. Der Tagungsort der jeweils nächsten Sitzung des Rates werde vom Vorsitzenden der vorausgegangenen Tagung festgelegt. Nach der alphabetischen Reihenfolge würde allerdings Deutschland den nächsten Anspruch darauf haben, die Vätertagung des Völkerbundsrates innerhalb seiner Grenzen ratifizieren. Somit sei die Möglichkeit gegeben, daß der Völkerbundsrat im März nach Berlin kommt.

Der Reichspräsident in Groß-Schwülper.

Braunschweig. Der Reichspräsident ist von Braunschweig kommend nach Rittersdorf in Groß-Schwülper angekommen, wo er auf dem Gute des Freiherren von Ratenholz bis Montag zu bleiben gedenkt.